

Umwelt- und Ressourcenkonflikte : Relevanz und Lösungsansätze

Autor(en): **Mason, Simon J. A. / Möckli, Daniel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **174 (2008)**

Heft 03

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-71378>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Umwelt- und Ressourcenkonflikte: Relevanz und Lösungsansätze

So genannte Umwelt- und Ressourcenkonflikte standen in letzter Zeit vermehrt im Fokus politischer Debatten. Aus sicherheitspolitischer Sicht verstecken sich hinter diesem Begriff sehr unterschiedliche Konflikttypen. Gemein ist ihnen, dass sie sich zwar überwiegend in Entwicklungsländern zutragen, aber in zunehmendem Masse auch die Sicherheit von Industriestaaten unterminieren. Die Stärkung von Ordnungs- und Steuerungskapazitäten in den betroffenen Staaten, eine umfassende zivil-militärische Friedensförderungsstrategie und konfliktpräventive Massnahmen wie die Etablierung von globalen Normen im Ressourcenhandel liegen im sicherheitspolitischen Interesse der Schweiz.

Simon Mason und Daniel Möckli*

Die Folgen des Klimawandels in Darfur, der mutmassliche Nexus zwischen Erdöl und Krieg in Nahost sowie die Rolle der «Blutbananen» aus Somalia sind Beispiele, die auf eine ökologische Dimension der Sicherheit hinweisen. Entwicklungen, die unter dem Sammelbegriff «Umwelt- und Ressourcenkonflikte» subsumiert werden, umfassen jedoch sehr verschiedene Konflikttypen. Zu unterscheiden ist zwischen Konflikten, die entweder im Zusammenhang mit dem «Ressourcenfluch» (Resource Curse), lokaler «Ressourcenknappheit» oder komplexer «Krisenherde» stehen, welche durch eine Kombination verschiedener umweltbezogener und anderer Konflikttypen gekennzeichnet sind. Zwar haben alle Ressourcenkonflikte mit Knappheit von Rohstoffen zu tun, da es sonst keinen Anreiz gäbe, um diese zu kämpfen. Es besteht jedoch ein Unterschied, ob Ressourcen weltweit knapp, aber lokal reichlich (Ressourcenfluch-Konflikte) oder global ausreichend, aber örtlich knapp (lokale Ressourcenknappheit) vorhanden sind.



* Dr. Simon J. A. Mason
Senior Researcher
Mediation Support
Project, Center
for Security Studies
ETH Zürich



* Dr. Daniel Möckli,
Senior Researcher
Editor CSS Analysen
zur Sicherheitspolitik
Center for Security
Studies, ETH Zürich

Ressourcenfluch-Konflikte

Resource-Curse-Konflikte hängen mit der globalen kommerziellen Nutzung von Ressourcen zusammen, die «indirekt», d.h. weit weg vom Ort ihrer Gewinnung, verbraucht werden. Lukrative Ressourcen wie Erdöl oder Diamanten kommen auf der lokalen und regionalen Ebene in konzentrierten Mengen vor. Statt in diesen Ländern einen wirtschaftlichen Aufschwung auszulösen, sind diese Rohstoffe für die betroffene Bevölkerung oft eher Fluch denn Segen. Natürliche Rohstoffe sind häufig die Ursache eines raschen (z.B. Diamanten) oder massiven (z.B. Erdöl) und unregulierten Zustroms von Geld und können so Konflikte intensivieren oder gar verursachen.

Je nach den lokalen Gegebenheiten gestaltet sich der Zusammenhang zwischen Ressourcen und Gewaltkonflikten unterschiedlich. Der Rohstoffreichtum kann z.B. zur Finanzierung bewaffneter, nicht-staatlicher Akteure verwendet werden; einen Anreiz für Aufstände, separatistische Bestrebungen und Staatstriebe darstellen; einer Diversifizierung der Wirtschaft im Wege stehen («Holländische Krankheit»); oder autoritären Regimen ermöglichen, sich einer Rechenschaftspflicht zu entziehen (Rentier State). Beispiele von Ressourcen, die bei Bürgerkriegen eine Rolle spielen, sind Erdöl (Nordsudan gegen Südsudan, Nigeria), Diamanten (Demokratische Republik Kongo), Holz (Kambodscha, Burma), Kupfer (Papua-Neuguinea) und Coltan (Demokratische Republik Kongo).

Konflikte aufgrund lokaler Ressourcenknappheit

Dieser zweite Konflikttyp hängt weniger mit der globalen Kommerzialisierung von Rohstoffen als mit dem Zugang, der Produktion und dem Verbrauch auf der

lokalen Ebene zusammen. Ein typisches Beispiel sind Konflikte um Agrarland etwa in Subsahara-Afrika, wo Eigentumsrechte teilweise nicht beurkundet sind und mechanisierte Grossbauern entsprechend auf das Land von traditionellen Bauern übergreifen. Auch Konflikte um Wasser lassen sich beobachten. So kann die Privatisierung öffentlicher Trinkwasserseinrichtungen ohne ausreichende Beteiligung der interessierten Kreise zu Spannungen führen. Insbesondere in Zeiten von Wasserknappheit birgt auch die geteilte Nutzung von Flüssen ein beträchtliches Konfliktpotential. Schliesslich können auch industrielle Grossprojekte wie etwa der Bau grosser Staudämme Konflikte schüren. Nach Schätzungen der Weltkommission für Staudämme wurden in den letzten 50 Jahren zwischen 40 und 80 Millionen Menschen wegen des Baus solcher Staudämme umgesiedelt.

Konflikte aufgrund lokal knapper Ressourcen sind in der Hauptsache auf die Marginalisierung eines Teils der Bevölkerung zurückzuführen. In wirtschaftlicher Hinsicht lassen sich derartige Konflikte zum Teil dadurch erklären, dass eine Internalisierung der externen Kosten der jeweiligen Tätigkeit unterblieben ist. Andere Konflikte sind hingegen ein Symptom von strukturellen Veränderungen, die zwar wirtschaftlich effizient, für einen Teil der betroffenen Bevölkerung aber potenziell nachteilig sind. Auch der Klimawandel kann ein massgeblicher Faktor für derartige Konflikte sein. Gemäss den wissenschaftlichen Erkenntnissen des Weltklimarats wird die Belastbarkeit vieler Ökosysteme in diesem Jahrhundert voraussichtlich überstrapaziert. Bei einem durchschnittlichen Temperaturanstieg von mehr als 2,5 Grad Celsius sind den Prognosen zufolge grössere Veränderungen in der Struktur des Ökosystems zu erwarten, mit hauptsächlich negativen Auswirkungen auf die Artenvielfalt und auf Ökosystemelemente wie die Wasser- und Nahrungsmittelversorgung.

Komplexe Krisenherde – das Beispiel Darfur

In vielen hocheskalierten Konflikten spielen Umweltfaktoren eine wichtige, jedoch nicht immer vorrangige Rolle. Oft werden strukturelle Konfliktfaktoren von der Konfliktodynamik überlagert, so dass die verschiedenen Konfliktursachen nur noch schwer zu bewerten sind. Darfur ist ein gutes Beispiel für einen Konflikt, bei dem sich die Knappheit von

Land- und Wasserressourcen sowie Erdöl, Politik, Wirtschaft und sozio-kulturelle Faktoren vermischen. Seit der dramatischen Eskalation des Konflikts 2003 sind etwa 200 000 Menschen ums Leben gekommen und mehr als eine Million Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen.

UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon hat erklärt, dass «der Darfur-Konflikt, abgesehen von diversen sozialen und politischen Ursachen, als ökologische Krise begann, die zumindest zum Teil auf den Klimawandel zurückzuführen ist». In der Tat haben die abnehmenden Niederschlagsmengen in der Sahel-Zone nachweislich die bereits bestehenden alten Konflikte zwischen verschiedenen Landnutzungssystemen derart verschärft, dass die traditionellen Mechanismen des Konfliktmanagements überfordert waren. Solche ökologischen Aspekte dürfen jedoch nicht losgelöst von weiteren, politischen Faktoren wie der ungleichen Macht- und Wohlstandsverteilung zwischen dem Zentralstaat und der Region in der Peripherie oder der Erdöldiplomatie Chinas im Sudan betrachtet werden.

Rückwirkungen auf Industriestaaten

Ein gemeinsames Merkmal von Umwelt- und Ressourcenkonflikten ist, dass sie sich überwiegend in Entwicklungs- oder Schwellenländern zutragen. Entsprechend haben diese Staaten auch die Hauptlast der sicherheitspolitischen Konsequenzen zu tragen. Dazu zählen neben den direkten Auswirkungen von Gewaltkonflikten auch Folgeerscheinungen wie zunehmende Armut, Unterernährung und gesellschaftliche Polarisierung, welche zusammengenommen die lokale Entwicklung und die menschliche Sicherheit stark beeinträchtigen können.

Aber auch Industriestaaten im euroatlantischen Raum wie die Schweiz sind

von den Folgen von Umwelt- und Ressourcenkonflikten betroffen. So kann etwa ihre Energiesicherheit durch Ressourcenflucht-Konflikte beeinträchtigt werden. Dieses Problem dürfte sich weiter verschärfen, da die verbleibenden Erdöl- und Erdgasvorkommen zunehmend in instabilen Gebieten, vor allem im Nahen und Mittleren Osten und in Russland, konzentriert sind. Allerdings dürfte die viel diskutierte Gefahr von Rohstoffkriegen zwischen Grossmächten geringer sein, als oft behauptet wird. Einerseits gibt es keine verlässlichen Angaben, ob das Ölfördermaximum (Peak Oil) tatsächlich schon bald bevorsteht. Andererseits lässt die umfassende Interdependenz zwischen den Grossmächten eine kooperative Lösung für die globalen energiepolitischen Herausforderungen erwarten – ungeachtet der teilweise bedrohlichen Rhetorik Russlands.

Negativ auf die Sicherheit von Industriestaaten können sich auch die indirekten Folgen von Destabilisierungsprozessen in Entwicklungsländern auswirken, welche durch alle drei Konflikttypen verursacht werden können. Zu nennen sind etwa die illegale Migration, die organisierte Kriminalität, die Radikalisierung ethnischer Gruppierungen und der Terrorismus. Vor dem Hintergrund der – durch den Globalisierungsprozess bedingten – fortschreitenden Entterritorialisierung und Entstaatlichung von Gefahren werden die Rückwirkungen von teilweise weit entfernten Krisenregionen auf die innere Sicherheit der Industriestaaten eine zunehmende Bedrohung darstellen.

Prävention und zivil-militärisches Krisenmanagement

Liegt es demnach im Eigeninteresse der Industriestaaten, zur Prävention und Bewältigung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten beizutragen, so ist bei den entsprechenden Massnahmen nach

Die «Extractive Industries Transparency Initiative»

Eine Akteursübergreifende Initiative zur Verbesserung der Regierungsführung in rohstoffreichen Staaten.

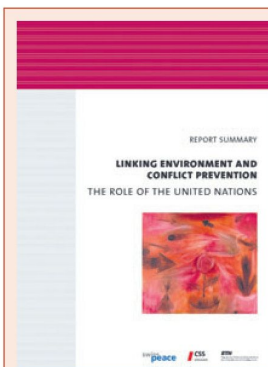
■ **Ziel:** Die Ressourcen eines Landes sollen zu einer Quelle wirtschaftlichen Wachstums statt zu einem Katalysator für Korruption und Konflikte werden.

■ **Mittel:** Transparenz der Einnahmen im Rohstoffsektor; Globale Norm für die Veröffentlichung der Zahlungen von Firmen an Regierungen und für die Veröffentlichung der Einnahmen der Regierungen von Firmen; Unabhängiger Verwalter.

■ **Teilnehmer:** Im Zentrum stehen die rohstoffproduzierenden Staaten, die sich um eine Teilnahme bewerben können. Weitere Akteure: Privatsektor (Rohstoffindustrie, Industrieverbände, institutionelle Investoren); Zivilgesellschaft; Internationale Organisationen und Geberländer.

Konflikttyp zu differenzieren. Eine vom Center for Security Studies und swisspeace gemeinsam verfasste Studie legt in diesem Zusammenhang konkrete Vorschläge vor (siehe Kasten 1). Diese umfassen sowohl strukturelle wie auch operationelle Elemente der Konfliktverhütung und -bewältigung. Erwähnt sei an dieser Stelle insbesondere, dass im Falle von Ressourcenkonflikten industriestaatliche Akteure durch erhöhte Transparenz bei der Gewinnung von und dem Handel mit Rohstoffen einen wesentlichen Beitrag leisten können. Massnahmen wie die Extractive Industries Transparency Initiative (siehe Kasten 2) oder der Kimberley-Prozess zur Unterbindung des Handels mit «Blutdiamanten» sind diesbezüglich zukunftsweisende Modelle.

Ob Umwelt- und Ressourcenkonflikte mit Gewalt verbunden sind oder politisch gelöst werden können, hängt wesentlich von der Ordnungs- und Steuerungskapazität (governance) in den betroffenen Staaten ab. Gerade an guter Regierungsführung und institutioneller Stabilität mangelt es aber in vielen Entwicklungsstaaten. Von den über 40 Staaten, die als fragil bezeichnet werden, liegt eine überwiegende Mehrheit in Subsahara-Afrika und in Zentral- sowie Südostasien. Die Stärkung der Ordnungs- und Steuerungskapazitäten in diesen Staaten sollte für Staaten wie die Schweiz eine sicherheitspolitische Priorität darstellen. Dazu bedarf es auch der Bereitschaft, im Sinne einer umfassenden zivil-militärischen Friedensförderungsstrategie zur Stabilisierung von Konfliktherden ausserhalb Europas beizutragen. ■



Die Studie «Environment and Conflict Prevention – the Role of the United Nations» untersucht den Zusammenhang zwischen Umweltfaktoren und Gewaltkonflikten und entwirft Handlungsoptionen für die UNO. Sie wurde vom Center for Security Studies und von swisspeace verfasst und im Februar 2008 am UNO-Hauptsitz in New York vorgestellt.

Download: www.css.ethz.ch / www.swisspeace.ch